

Bezirksamtsvorlage Nr. 1426
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 09.03.2021

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage – zur Kenntnisnahme – bei der
Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache-Nr. **1418/V**, Beschluss vom 20.09.2018
betrifft Hilfen zur Erziehung für junge Volljährige vollständig finanzieren -

2. Berichterstatter/in:

Bezirksstadträtin Reiser

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage – zur Kenntnisnahme – betrifft Hilfen zur Erziehung für junge
Volljährige vollständig finanzieren -
als Zwischenbericht

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur
Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Jugend, Familie und
Bürgerdienste beauftragt.

IV. Veröffentlichung: nein

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die
Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu
entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadträtin Reiser

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über Hilfen zur Erziehung für junge Volljährige vollständig finanzieren

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 20.09.2018 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1418)

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber dem Senat für eine vollständige Übernahme der Kosten einzusetzen, die für Hilfen zur Erziehung für junge Volljährige entstehen, die als minderjährige unbegleitete Ausländer eingereist sind und für die auch nach Erreichen der Volljährigkeit weiterhin Hilfebedarf festgestellt wird. Das Bezirksamt soll außerdem prüfen, eine entsprechende Initiative des Rates der Bürgermeister für eine vollständige Kostenübernahme durch den Senat auf den Weg zu bringen.

Das Bezirksamt hat am 09.03.2021 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Zwischenbericht zur Kenntnis zu bringen:

Durch die Einwände der Bezirke konnte erreicht werden, dass die SenFin mit Schreiben vom 07. April 2020 zur Basiskorrektur der Globalsummenzuweisung Bezirke 2019 im Punkt 2.2.10 Basiskorrekturen im Zusammenhang mit Flüchtlingen und Asylbegehrenden vermerkt hat:

„Bei den „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ unter 18 Jahren (umF) sind die Auswirkungen der Mengenzuwächse zwischenzeitlich in der Zuweisung enthalten. In 2019 war daher kein weiterer Aufwuchs, sondern ein Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen. Hier habe ich auf eine Ausweitung der Nachbudgetierung, die entsprechende Abzüge an der Globalsumme zur Folge gehabt hätte, verzichtet.“

Der nach dem Basiskorrekturmodell errechnete Budgetabzug für die Nachbudgetierung der umF-Mengenänderungen unter 18 Jahren in 2019 in Höhe von 1.246.242,68 € ist damit nicht erfolgt. Das hat dazu geführt, dass die Summe der Budgetabzüge der HzE-Basiskorrektursachverhalte bei nur noch 448.166 € lag.

Für das Jahr 2020 ist vom Bezirk für die umF-Mengenänderungen unter 18 Jahren ein Budgetabzug von 1.303.727,88 € errechnet worden. Es bleibt abzuwarten, ob die SenFin ihre Entscheidung, die für das Jahr 2019 getroffen wurde, wiederholt.

A) Rechtsgrundlage

§ 13 i. V. m. § 36 Bezirksverwaltungsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Behält die SenFin ihre Entscheidung zur Basiskorrektur für das Jahr 2019 bei und wendet diese auch für das Jahr 2020 an, hat dies zwar keine Auswirkung auf die Finanzplanung und den Haushaltsplan jedoch auf die Basiskorrektur des Bezirkes, da diese nicht um den errechneten Betrag vermindert werden.

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

Berlin, den 04.03.2021

Bezirksstadträtin Reiser

Bezirksbürgermeister von Dassel